April 2011

NÖGemeinde

Das Fachjournal für Kommunalpolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich

DVR: 0930 423

Landesversammlung

GVV-Präsidium neu gewählt

P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien 02 Z 032903 M

www.kabelsignal.at

ICH STEH AUF DIE LEITUNG.

kabelsignal

TV + WEB + TELEFON

Die eine Leitung für beste TV-Unterhaltung, schnelles Surfen & billige Festnetztelefonie. Infos: 02236/455 64-0

Aktuell im April

politik

Über 600 Gäste kamen zur Landesversammlung

04 Landesversammlung in Grafenegg
08 Einigung bei Pflegefinanzierung
09 Gutachten zur Möglichkeit eines verpflichtenden Sozialdienstes

recht & verwaltung

Bebauung im ungeregelten Baulandbereich

14 § 54 der NÖ Bauordnung 1996 neuerlich geändert
16 Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Bürgermeistern und Gemeinderäten

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein interessantes Prospekt des Versandhauses WALBUSCH – Bequeme Herrenmode bei. Sollte diese Beilage in Ihrer Ausgabe fehlen, können Sie sie unter der Telefonnummer 05574-415 kostenlos anfordern.

GVV neu aufgestellt

Bei der Landesversammlung in Grafenegg hat sich unser Verband wieder in voller Stärke und mit neuen Zielen präsentiert: 600 Gäste – unter ihnen auch Landeshauptmann Erwin Pröll mit seinem Team, Außenminister Michael Spindelegger und Innenministerin Maria Fekter sowie Freunde aus Wirtschaft und Beamtenschaft – folgten unserer Einladung. Ich werte die Anwesenheit höchster Repräsentanten aus Land und Bund, von Vertretern von Vereinen und Unternehmen, die mit den Gemeinden Jahr ein Jahr aus zusammenarbeiten, nicht nur als Ehre. Ich freue mich vor allem, dass wir damit ein nie dagewesenes Signal für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und den gesellschaftlichen Wert unserer Gemeinden setzen konnten.

Wir haben aber auch inhaltlich die Weichen für die nächsten fünf Jahre gestellt. Unser großes Ziel heißt: Keine neuen Belastungen für die Gemeinden und strengere Kontrollen im Sozialbereich. Intern wollen wir unsere Rechtsberatung weiter verstärken, unser Service ausbauen und in die Weiterbildung der Gemeindefunktionäre investieren. Umfragen bestätigen uns, dass das Vertrauen in uns Gemeindepolitiker immer mehr steigt und der Verband eine wichtige Rolle für die Gemeinden in der Durchsetzungsfähigkeit der kommunalen Interessen spielt. Kurz: Die Gemeinden wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie Hilfe und Unterstützung brauchen und auf wen sie sich verlassen können. Ab sofort ist unser Verband auch personell neu aufgestellt: Ich freue mich sehr, dass mir die Delegierten ihr Vertrauen erneut geschenkt haben, und ich mich auch in den nächsten fünf Jahren als euer Präsident im GVV für die Interessen der Gemeinden in den Bezirken, im Land und im Bund einsetzen kann. Ich freue mich aber auch sehr, dass ich mit meinen beiden Vizepräsidenten Karl Moser und Karl Wilfing auf starke Unterstützung in der täglichen Arbeit unseres Verbandes bauen kann. So ist es uns gerade gelungen, den Paragraphen 54 der NÖ Bauordnung im Sinne der Gemeinden innerhalb weniger Tage abzuändern und zu vereinfachen. Gemeinsam und mit vereinter Kraft werden wir uns auch weiter um die Anliegen der Bürger in den Gemeinden direkt vor Ort kümmern. Gemeinsam werden wir uns auch den kommunalen Herausforderungen stellen. Für die Bürger, die Gemeinden und unser Land.

LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl
Präsident

Das neue GVV-Präsidium mit Karl Wilfing, Alfred Riedl und Karl Moser.

„Gemeinden geben Vertrauen **in die Politik zurück**“

GVV-Landesversammlung in Grafenegg

Alfred Riedl und Karl Moser im Gespräch mit Innenministerin Fekter und Gemeindebundpräsident Mödlhammer.

von Prof. Dr. Franz Oswald und Mag. Sotiria Taucher

Die Landesversammlung des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich am 2. April im voll besetzten Auditorium in Grafenegg bestätigte eindrucksvoll die tragende Funktion der Gemeinden als Wirtschaftmotor und als soziale, bürgernahe Instanz. 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen, darunter Spitzenvertreter aus Land und Bund.

„Es muss verhindert werden, dass der Fleißige der Dumme, der Schmarotzer Nutznießer des Systems ist.“
GVV-Präsident Alfred Riedl

Das Bekenntnis zur höchst erfolgreichen Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden stand ebenso im Mittelpunkt vieler Aussagen wie die positive Rolle der Gemeinden in der Gesamtpolitik, dies insbesondere angesichts derzeit stark kritisierter politischer Vorgänge: Die Gemeinden mit ihrer ehrlichen, am Mitbürger orientierten Arbeit geben den Menschen das Vertrauen in die Politik wieder zurück, hieß es dazu aus berufenem Munde.
Präsident Alfred Riedl wurde von der Landesversammlung mit 98,4 Prozent eindrucksvoll wiedergewählt. Ein ähnliches Ergebnis erzielten auch der bisherige 1. Vizepräsident LAbg. Karl Moser sowie der neugewählte 2. Vizepräsident LAbg. Karl Wilfing, Bürgermeister von Poysdorf.

Gemeinden setzen auf starke Partner

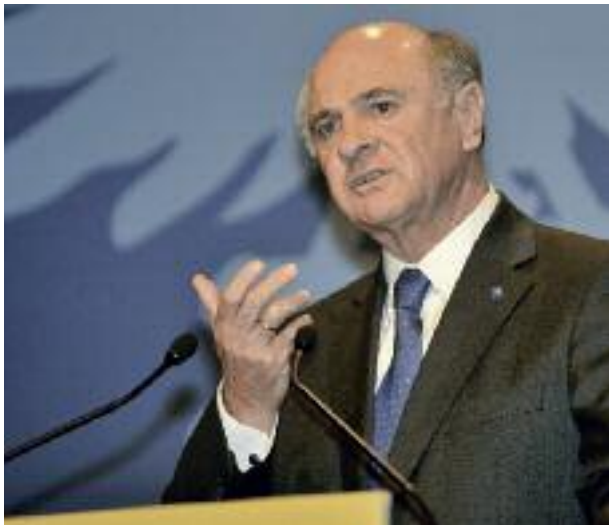
In seinem politischen Rechenschaftsbericht unterstrich Präsident Riedl den Beitrag der Gemeinden zu Niederösterreichs Spitzenstellung auf vielen Gebieten. Die Gemeinden selbst setzen auf starke Partner: auf das Land, das den Gemeinden zuletzt wieder in der Spitalsfinanzierung kräftig geholfen habe, aber auch auf den Bund, mit dem der Pflegefonds und damit ein Abfangen der Steigerungsraten im Sozialsektor erreicht werden konnte. In Niederösterreich selbst seien vorbildliche soziale Modellregionen entstanden. Es müsse jedoch verhindert werden, dass der Fleißige der Dumme und der Schmarotzer der Nutznießer des Systems sei. Heftig verwahrte sich Riedl gegen unsachliche Darstellungen der Finanzsituation der NÖ Gemeinden und sprach von einer unerträglichen Hatz: So würden Schulden präsentiert, ohne dazu zu sagen, dass in Niederösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern wenig bis gar nichts ausgegliedert worden sei. Dazu kommen nicht vergleichbare Größenordnungen bei Wasser, Kanal und Straßen. Dennoch hätten Niederösterreichs Gemeinden immer noch finanziellen Spielraum und investieren vergleichsweise am meisten.
Scharf kritisierte Riedl die, wie er betonte, schizophrene Haltung der Landes-SP beim Landesbudget: Diese fordere einen Ausgabenstopp, stelle ständig neue Forderungen, bleibe jedoch den Bedeckungsvorschlag schuldig.
Eine klare Absage erteilte Riedl auch allen Plänen, Gemeinden zusammenzulegen. Dies bringe keinerlei Vorteile, die derzeitige Struktur habe sich bestens bewährt, zumal größer keineswegs billiger sei. In Richtung des rekonvaleszenten Vizekanzlers Josef Pröll entbot Riedl namens der Landesversammmlung beste Genesungswünsche, die durch lang anhaltendem Applaus untermalt wurde.

Tragende Säule des Gemeindebundes

Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer würdigte die Stärke des NÖ GVV als tragende Säule des Österreichischen Gemeindebundes. „Wobei beim Wort ‚tragend' das ‚R' besonders zu betonend ist“, meinte Mödlhammer mit Blick auf die (ehemaligen) Präsidenten Reiter, Romeder, Rupp und Riedl. „Und wenn ich die Generalsekretäre des Gemeindebundes ansehe, dann weiß ich, dass der Gemeindebund auch in Zukunft nicht *LEIS(S)*e nach*HINK*t, sondern mutig voranschreitet.“
Mödlhammer appellierte an die Bürgermeister auch in politisch und wirtschaftlichen Zeiten engagiert weiter zu arbeiten: „Die Rolle der Gemeinden als Wirtschaftsfaktor und als Heimat

Innenministerin Maria Fekter dankte den ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Gemeinden.

Außenminister Michael Spindelegger warb für seine Aktion „Europagemeinderäte“.


Landeshauptmann Erwin Pröll: „Das Vertrauen der Menschen muss täglich neu erarbeitet werden.“

der Bürger erfordert engagierte Gemeindevertreter." Den Pflegefonds bezeichnete der Gemeindebundchef als großen Wurf, die Gemeinden selbst als Reformmotoren.

Danke an Ehrenamtliche

Innenministerin Maria Fekter bekannte sich zu einer noch engeren Zusammenarbeit mit den Gemeinden, die als Praktiker mehr Lösungskompetenz hätten als „Schreibtischtäter". Großen Dank sprach Fekter den ehrenamtlichen Helfern aus, ohne die vieles in den Gemeinden nicht möglich wäre.

Sie verwahrte sich gegen Zurufe bezüglich Verwaltungsreform: Einem „Big Bang" als großen Wurf werde es nicht geben. Nur der Weg der kleinen Schritte, der längst begangen wird, bringe Erfolg. Im Fremdenrecht kündigte Fekter ein „Bundesamt für Migration" als zentrale Behörde, dezentral aufgestellt, an. Im Übrigen dürfe die Situation Österreichs nicht schlechtgeredet werden. Das Land weise auf vielen Gebieten Spitzendaten auf und habe die Krise gut gemeistert. Nicht gespart werden dürfe bei Schule und Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Kinderbetreuung. Zur derzeit schwierigen Lage der Volkspartei verwies Fekter auf rasche personelle Konsequenzen. In anderen Parteien sei bei ähnlichen Fällen nicht so schnell reagiert worden.

Geballte Frauenpower beim GVV-Tag. Präsident Riedl mit Wirtschaftskammerpräsidentin Sonja Zwazl und den Landesrätinnen Petra Bohuslav und Johanna Mikl-Leitner.

Landeshauptmann Erwin Pröll begrüßte die Blasmusikkapellen aus Grafenwörth und Langenlois.

Gute Stimmung auf der Landesversammlung

Europa-Gemeinderäte, Wehrpflicht neu

Außenminister Michael Spindelegger warb für die Einsetzung von Europa-Gemeinderäten, wofür es in Niederösterreich erfreulicherweise großes Interesse gebe. Motto. „Europa fängt in den Gemeinden an." Auch in der Donaustrategie engagiere sich Niederösterreich vorbildlich. Ein klares „Ja" sagte Spindelegger zu einer Wehrpflicht neu, mehr als 90 Prozent der Gemeindevertreter seien dafür. Eine Verpflichtung sei unabdingbar.

„Ihr könnt euch auf uns verlassen!"

Landeshauptmann Erwin Pröll zog eine hervorragende Bilanz für Niederösterreich: Wirtschaftliche Dynamik, Spitzenplätze in Österreich, große Fortschritte in Sachbereichen – von der Sicherheit über Wissenschaft und Forschung bis zur Standortqualität – kennzeichnen die Entwicklung, die ein Gemeinschaftswerk des Landes mit den Gemeinden sei.

„Das Vertrauen der Menschen muss täglich neu erarbeitet werden", appellierte er an die Funktionäre. Freiwilligkeit in den Gemeinden, die heuer im Mittelpunkt steht, müsse ständig ge-

fördert und gewürdigt werden, weil sie nicht selbstverständlich sei.
Klare Worte fand Pröll zur derzeitigen Lage der Gesamtpartei: Verwerfliche Vorfälle wie jene aus jüngster Zeit hätten im Land keinen Platz. Ehrliche Arbeit und Glaubwürdigkeit seien höchstes Gebot und müssten erhalten bzw. zurückerobert werden. „Ethisch-moralische Normen sind einzuhalten“, so der Landeshauptmann. Den Gemeinden rief Pröll zu: „Ihr könnt euch auf uns verlassen, wir gehen mit euch durch dick und dünn.“

Rechnungsprüfung, Ehrungen, Totengedenken

Zur Abrundung der Landesversammlung: Bei der Totenehrung wurde vor allem des Wirkens von Liese Prokop, Walter Zimper und Sissy Roth-Halvax gedacht. Die Rechnungsprüfung des GVV zeigte eine einwandfreie Gebarung und besondere Sorgfalt in der Finanzwirtschaft des Verbandes.
Besonders geehrt wurden die ausgeschiedenen Bezirksobmänner sowie die Spitzenvertreter der Einsatzverbände Rotes Kreuz, Bundesheer, Sicherheitsdirektion, Polizei und Feuerwehr. Ebenfalls ausgezeichnet wurde Landesgeschäftsführer Christian Schneider, der mit seinem Team für die hervorragende Organisation der Landesversammlung gesorgt hat, aus Anlass seines mittlerweile zehnjährigen Dienstjubiläums.

Die ausgeschiedenen GVV-Bezirksobmänner wurden mit dem Ehrenring des Verbandes ausgezeichnet. Im Bild: Franz Rennhofer, Johann Heuras, Johann Dill, Franz Kuttner, Herbert Nowohradsky, Bernd Toms und Präsident Riedl.

Dank an die Vertreter von Polizei, Bundesheer, Rotem Kreuz und Feuerwehren: Im Bild: Karl Wilfing, Karl Moser, Christian Schneider, Arthur Reis, Johann Culik, Franz Prucher, Willibald Sauer, Josef Buchta und Alfred Riedl.
Mehr Fotos finden Sie auf www.vp-gvv.at

Die Landesversammlung wurde unterstützt von:

NV Die Niederösterreichische Versicherung

Post

EVN

kabelsignal
TV + WEB + TELEFON

HYPO NOE GRUPPE

gemdat
Informationstechnologie für Gemeinden

HYPO NOE LEASING

Mag. Sotiria Taucher,
ist Pressereferentin des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich

Hofrat Prof. Dr. Franz Oswald,
Chefredakteur der NÖ Landesregierung i.R., jetzt freier Journalist

Einigung bei **Pflegefinanzierung** erzielt

Einführung eines Pflegefonds fängt die Kosten für die Gemeinden ab

Nach harten Verhandlungen ist es uns gelungen, endlich eine Einigung über die neue Finanzierung der Pflege zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu erreichen", sagte GVV-Präsident Alfred Riedl in einer ersten Reaktion auf die Einigung, die bei einem Treffen der Finanzlandesreferenten mit Finanzminister Josef Pröll und Sozialminister Rudolf Hundstorfer in Linz gefunden wurde. „Zehn Jahre lang haben wir gekämpft, nun liegt eine Lösung auf dem Tisch", so Riedl.

Großer Andrang der Pressevertreter bei der Bekanntgabe der Einigung über den Stabilitätspakt und die Pflegefinanzierung.

Bund zahlt ein Drittel

Der neue Pflegefonds wird in Summe mit 685 Mio. Euro bis 2014 dotiert sein. Die Kosten dafür werden nach dem Schlüssel des Finanzausgleichs verteilt. Der Bund zahlt demnach zwei Drittel, Länder und Gemeinden zusammen ein Drittel. Für das Jahr 2011 stehen zusätzliche 100 Millionen Euro zur Verfügung, 2012 150 Millionen, 2013 200 Millionen und 2014 schließlich 235 Millionen Euro.

Damit sollen in erster Linie die steigenden Pflegekosten abgefangen werden, die Mittel des Fonds sind auch entsprechend zweckgewidmet. Für Niederösterreich alleine werden es 130 Millionen Euro sein.

Gemeinden fällt Stein vom Herzen

Den Gemeinden fällt damit ein großer Stein vom Herzen – hatten und haben sie doch massiv mit enormen Kostensteigerungen im Pflege- und Sozialbereich zu tun.

„Die Gemeinden sind an die Grenzen ihres Handlungsspielraumes gekommen. Umso mehr freut es mich, dass jetzt eine lang ersehnte und geforderte Lösung zur Finanzierung der Pflege ausverhandelt wurde", so Riedl.

Durch die Finanzierung der Pflege gibt es auch eine realistische Chance den Stabilitätspakt wieder erfüllen zu können.

„Unser großes Ziel ist wieder ein Nulldefizit zu erreichen", sagt der GVV-Chef.

„**Los geht's!** Jeder Schritt tut gut"

Herr und Frau Österreicher bewegen sich nicht ausreichend. „Mit der Kampagne ‚Los geht´s! Jeder Schritt tut gut' möchte die Initiative ‚Gesundes Niederösterreich: Tut gut!' zu mehr Bewegung im Alltag anregen," so Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka.

Er unterstreicht weiters: „Denn jeder Schritt zählt – für Ihr Wohlbefinden und Ihre Gesundheit."

Probieren Sie´s aus – los geht´s unter **www.gesundesnoe.at**!

LOS geht'S! JEDER SCHRITT TUT GUT

E.E.

Verpflichtender Sozialdienst **wäre möglich**

Rechtsgutachten: Kein Widerspruch zur Menschenrechtskonvention

In der Diskussion um die Wehrpflicht wird immer wieder behauptet, dass ein verpflichtender Sozialdienst nicht möglich ist, weil das der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) widersprechen würde. Demnach sei ein verpflichtender Zivil- oder Sozialdienst nur dann erlaubt, wenn er als Alternative zu einem verpflichtenden Wehrdienst angeboten wird.
Dieser Argumentation widerspricht jetzt ein Rechtsgutachten des emeritierten Universitätsprofessors Theo Öhlinger.

Einen verpflichtenden Sozialdienst hätten auch Frauen zu absolvieren.

Demnach schließt das Verbot von Zwangs- oder Pflichtarbeit nach Art. 4 Abs. 2 EMRK nicht jede Verpflichtung zu sozialer Arbeit aus. „Die – allerdings nicht mehr sehr aktuelle – Judikatur des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes erlaubt solche Verpflichtungen, sofern sie weder ‚ungerecht' oder ‚bedrückend' sind noch ‚eine vermeidbare Härte' darstellen und überdies den ‚Leitgedanken des Allgemeininteresses, der sozialen Solidarität und des normalerweise Üblichen' entsprechen", so Öhlinger. Wie weit der Spielraum des nationalen Gesetzgebers reicht, nach diesen Kriterien einen allgemeinen Sozialdienst zu gestalten, lasse sich allerdings im Hinblick auf das Alter dieser Rechtsprechung nicht genau bestimmen.

„Normale Bürgerpflichten"

Ein größerer Spielraum der Mitgliedstaaten sei dahingehend anzunehmen, verpflichtende soziale Dienstleistungen auf Gemeindeebene als „normale Bürgerpflichten" im Sinn der Menschenrechtskonvention gesetzlich zu normieren. Dass etwa ein obligatorischer Feuerwehrdienst eine „normale Bürgerpflicht" darstellt, hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof bereits ausdrücklich klargestellt. Ähnliches dürfte auch für andere Aufgaben der Gemeinden, die derzeit von Zivildienern besorgt werden, gelten, sofern sie eine ähnliche soziale Dimension aufweisen, also insbesondere vom Gedanken der Solidarität innerhalb der „in der Gemeinde verkörperten örtlichen Gemeinschaft" (Art. 118 Abs. 2 B-VG) getragen sind.

Univ-Prof. Theo Öhlinger: „Das Verbot von Zwangs- oder Pflichtarbeit schließt nicht jede Verpflichtung zu sozialer Arbeit aus."

Derartige Verpflichtungen müssten allerdings geschlechtsneutral sein. Das bedeutet, dass auch Frauen einen derartigen Sozialdienst zu absolvieren hätten.

VERGABE
JOUR FIXE

Donnerstag, 12. Mai 2011 17 Uhr:
Bau-Special:
„Störung der Leistungserbringung (Behinderung) und ihre Folgen"
mit **Kropik** (TU Wien)

Mit den Top-Vergabeexperten Österreichs

Ort: Bartensteingasse 2 (3. Stock), 1010 Wien, Vortragssaal

Information und Anmeldung unter:
kanzlei@schramm-oehler.at
www.schramm-oehler.at

KEINE TEILNAHME-GEBÜHR

SCHRAMM ÖHLER
RECHTSANWÄLTE

Nicht die Jugend, aber die **Sprache wird aggressiver**

Niederösterreichs Gemeinden werden immer wieder mit Gewaltproblemen an Schulen konfrontiert – Präventionsarbeit in der Lehrerfortbildung

von Mag. Sotiria Taucher

Immer wieder liest und hört man in den Medien von Gewaltszenen an Schulen – auch in Niederösterreich. Mit den Problemen konfrontiert werden nicht nur Schuldirektoren, Eltern und Lehrer. Auch die Bürgermeister werden in vielen Fällen zur Rechenschaft gezogen. Besonders schwierig wird es, wenn der Bürgermeister gleichzeitig auch die Funktion des Direktors der örtlichen Schule inne hat. Wie es beispielsweise in der Gemeinde Großweikersdorf, Bezirk Tulln, der Fall ist.

Leopold Spielauer bekam wegen einer Rauferei unter Schülern sowohl als Direktor als auch als Bürgermeister Probleme.

Leopold Spielauer, Bürgermeister der Gemeinde und Direktor der Volkschule weiß, dass diese Doppelfunktion nicht immer leicht ist. Besonders dann, wenn es eine Rauferei an der Schule gibt, die niemand mitbekommt. Zwei Schüler im Alter von acht Jahren prügeln sich in der Pause auf dem Gang, einer der beiden muss ins Krankenhaus. Es wird Anzeige gegen die Schule wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht erhoben. Die Medien hetzen den Ort auf, Leopold Spielauer wird mit Rücktrittsaufforderungen als Bürgermeister und Direktor konfrontiert. „An unserer Schule ist bis jetzt nie etwas passiert. Der Vorfall ist schlimm, und ich habe auch sofort mit den Eltern und Lehrern gesprochen und die Schulpsychologin eingeschaltet“, so der Direktor. Mittlerweile ist in der Schule Ruhe eingekehrt, der Vorfall in Gesprächen aufgearbeitet. Die betroffenen Schüler gehen ab sofort in getrennte Klassen, Lehrer und Gangaufsicht sind sensibilisiert.

Auch für Schuldirektor und Bürgermeister Leopold Spielauer muss es wieder weitergehen – auch wenn die mediale Kritik schmerzt. Tatsache ist: Es wird nicht leichter in den Schulen, und die Jugendlichen werden auch nicht friedlicher.

„Doch auch wenn die Gemeinden Schulerhalter sind, bedeutet das nicht, dass sie für einen reibungslosen Betrieb der Schule sorgen oder gar die Erziehung der Eltern übernehmen müssen“, sagt GVV-Präsident Alfred Riedl. Riedl weiß wovon er spricht. Schließlich ist er selbst Bürgermeister und kennt die Probleme in den Gemeinden nur zu gut. Auch jene, in den Schulen. „Das Abwälzen von Erziehungsfragen auf die Schule bzw. sogar auf den Bürgermeister ist absolut fehl am Platz. Ich appelliere hier an die Eigenverantwortung der Eltern“, so Riedl.

Doch was ist dran, an der Meinung, unsere Jugendlichen würden immer gewaltbereiter werden? „Die Jugend ist nicht gewaltbereiter“, sagt die Schulpsychologin des Landesschulrates NÖ, Andrea Richter. „Wir Erwachsenen empfinden das so, weil einfach die Sprache der Jugendlichen gewalttätiger, aggressiver, härter geworden ist. Zudem zeigen uns alle sauberen Untersuchungen, dass Gewalt stärker wahrgenommen wird, weil wir stärker sensibilisiert sind“, so Richter. Einzelne extreme Ereignisse würden ins Rampenlicht rücken und in der Folge als steigende Gewalt interpretiert.

Studien zeigen, dass die Jugend nicht gewaltbereiter ist als früher. Allerdings ist die Sprache der Jugendlichen aggressiver geworden.

Auch das Gerücht, dass Konflikte unter Ausländern oft zu Gewaltszenen in den Schulen führen, lehnt Richter ab. „Die ethnische Herkunft spielt keine Rolle. Hier geht es um Gruppenzugehörigkeit“, weiß die Schulpsychologin.

In Niederösterreich sei man sehr stark in der Lehrerfortbildung tätig, um frühzeitig auf Probleme in der Schule reagieren zu können. Andrea Richter: „Wir schulen unsere Lehrer in Richtung tägliche Kleinarbeit. Nur so und nur präventiv kann im Vorfeld gut der Gewalt entgegen gewirkt werden.“

„Pädagogen sind **potenzielle Vorbilder“**

Die Psychotherapeutin Rotraud A. Perner zum Thema Gewaltprävention

Sie beschäftigen sich seit Jahren mit Gewaltprävention im schulischen Bereich. Wie sieht es Ihrer Meinung nach aktuell in den Schulen aus? Werden Kinder und Jugendliche immer gewaltbereiter?

Perner: *Wenn man direkt mit Lehrkräften spricht – und das haben meine Mitarbeiter und ich bei unseren Forschungen in den letzten Jahren ausführlich getan –, hört man, dass sich nicht nur die Qualität der Gewalt, sondern auch die Quantität gesteigert hat. Ich würde aber anders formulieren: Jugendliche sind nicht „gewaltbereiter“ sondern „aggressiver“. Gewaltbereitschaft besteht ja in einer durchdachten Grundhaltung – etwa wie „Es steht mir zu, Gewalt auszuüben“ oder „Der hat das so verdient!“ Tatsächlich werden aber unbedacht und spontan Vorbilder an Gewalt nachgespielt, und die stammen aus der Familie, das dominante Familienmitglied „Fernsehapparat“ mit gemeint.*

Was sind die Auslöser der Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen?

Dank der computergestützten Gehirnforschung wissen wir seit etwa 15 Jahren, dass durch das reine Zusehen bei Gewalttaten im betrachtenden Menschen die Bildungen von Spiegelnervenzellen ausgelöst werden und damit ein Gleichklang mit der beobachteten Person – egal ob diese real präsent ist oder nur virtuell. So entsteht quasi ein Mentaltraining des Modellverhaltens – wie bei verletzten Sportlern, die im Spitalsbett die Videos ihrer Leistungen beobachten. Es fehlen die Gegenmodelle. In dem von mir konzipierten Masterstudium PROvokativpädagogik an der Donau Uni Krems vermitteln wir genau die dazu nötigen Methoden und Techniken.

Wie können Lehrer entgegenwirken?

Indem sie einerseits über grundlegendes Wissen über das energetische Geschehen bei Gewalteskalationen verfügen und andererseits auch über die dazu gehörenden fremd- wie autosuggestiven Techniken der Deeskalation. All das lernen sie im Rahmen der PROvokativpädagogik. Für diejenigen, die dieses postgraduale Studium nicht absolviert haben, gibt es konkrete – kostenlose! – Einzelfallhilfe online über ***www.lehrertankstelle-noe.com*** *und einmal monatlich ebenfalls kostenlose Live-Supervision des Tankstellenteams an drei Standorten in NÖ.*

Niederösterreich ist in der Aus- und Weiterbildung von Pädagogen – auch im Bereich der Gewaltprävention – ganz vorne dabei. Was ist Ihrer Meinung noch zu tun, um noch bessere und nachhaltigere Lösungen zu finden?

Ich habe mit meinem Institut für Stressprophylaxe & Salutogenese (ISS) in Matzen die wissenschaftliche Begleitung des Projekts „Bündnis gegen Gewalt“ des Innenministeriums übernommen, in dessen Rahmen alle Gewaltpräventionsprojekte Österreichs evaluiert werden sollen. Was ich bisher festgestellt habe, ist, dass die meisten dieser Projekte mit dem erhobenen Pädagogenzeigefinger „how to do peace“ vermitteln – was an und für sich allerdings bereits subtil gewalttätig sein kann –, aber die konkrete Gewalt durch Spott und Hohn seitens mancher Lehrkräfte oder anderer Pädagogen werden ignoriert. Dabei sind Pädagogen die potenziellen Vorbilder, wie man auf Gewalt verzichten kann. Zumindest halten sie sich meist für solche – nur: supervidiert sieht das dann oft ganz anders aus! Gewaltverzicht beginnt dabei, die eigenen Affekte zu entschleunigen und gleichzeitig mitfühlend zu bleiben, Aggression durch bewusste Entscheidungen für andere Gefühlsreaktionen zu ersetzen, beispielsweise Humor oder Absurdität oder umgekehrt sanfte Ernsthaftigkeit.

Rotraud A. Perner: „Gewaltverzicht beginnt dabei, die eigenen Affekte zu entschleunigen und gleichzeitig mitfühlend zu bleiben.“

Das steht in einem gewissen Gegensatz zu der Forderung, Lehrkräfte müssten sich durchsetzen – und an dieser Forderung scheitern ja auch die meisten Friedensbemühungen. Man braucht daher andere als die üblichen kognitiven Zugangsweisen. Ich habe aus meiner eigenen Ausbildung als psychoanalytische Sozialtherapeutin samt der Praxis in der außerschulischen Jugendarbeit – zum Teil mit extrem problematischen Jugendlichen – und den fünf Psychotherapieausbildungen, die ich abgeschlossen habe, das Wesentlichste an hilfreichen Methoden herausgefiltert. All das lernen die künftigen PROvokativpädagogInnen theoretisch wie praktisch auf wissenschaftlicher Basis. Die Rückmeldungen, die ich von ihnen erhalte, bestätigen mein Konzept; einige der Master unterrichten ja schon wieder weiter und multiplizieren ihr Wissen und Können.

Kreuze in Kindergärten **bleiben hängen**

Landeshauptmann Erwin Pröll: Klarer Fingerzeig auf dem Weg nach vorne

Nach der Klage eines Niederösterreichers hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass das Anbringen von Kreuzen in Kindergärten zulässig ist.
Auch religiöse Feiern wie das Nikolausfest würden letztlich nicht gegen die Verfassung verstoßen, da die Teilnahme nicht verpflichtend ist.

Christliche Grundwerte werden hochgehalten

Das Urteil war jedenfalls mit großer Spannung erwartet worden, jetzt herrscht allgemeine Zufriedenheit. Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll bezeichnete es als einen klaren Fingerzeig auf dem Weg nach vorne: „Niederösterreich ist ein weltoffenes, tolerantes Land, das sich seiner Wurzeln und Grundwerte bewusst ist.
Mit dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ist sichergestellt, dass in Niederösterreich der christliche Glaube und die christlichen Grundwerte hoch gehalten werden – symbolisiert durch das Kreuz, das schon vielen Generationen vor uns Hoffnung gegeben hat“.

Großer Wert auf Religionsfreiheit

Neben der Vermittlung von christlichen Werten und Traditionen in den Kindergärten und in allen Bildungseinrichtungen legt die zuständige Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner auch großen Wert auf die Religionsfreiheit. „Aus diesem Grund ist auch im Kindergartengesetz verankert, dass ein Kreuz nur dann angebracht werden soll, wenn mehr als 50 Prozent der Kinder christlichen Glaubens sind“, betont Mikl-Leitner.

Landeshauptmann Erwin Pröll: „Mit dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ist sichergestellt, dass in Niederösterreich der christliche Glaube und die christlichen Grundwerte hoch gehalten werden.“

SP-Klubobmann Leichtfried verbreitet **Lügengeschichten**

Bislang war der Klubobmann der SP-NÖ, Günther Leichtfried, immer als besonnener Bürgermeister und Sachpolitiker aufgetreten. Seit kurzem liegt jedoch der dringende Verdacht vor, dass auch er bewusst Lügengeschichten verbreitet und mit gefälschten E-Mails arbeitet bzw. solche weitergibt. „Offensichtlich agiert auch Leichtfried mittlerweile mit den landesfeindlichen Methoden des Herrn Leitner bzw. lässt sich von diesem dazu vergattern“, attackiert VP-Landesgeschäftsführer LAbg. Gerhard Karner den SP-Klubobmann.
Auslöser dafür war eine Aussendung des SPNÖ-Landesgeschäftsführers vom 17. Februar 2011 in Zusammenhang mit der laufenden Wehrpflichtsdebatte mit einem frei erfunden Zitat von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll „westlich von St. Pölten alle Kasernen schließen zu wollen.“ Nachdem die Anschuldigungen bei der letzten Landtagssitzung von Klubobmann Leichtfried neuerlich wiederholt wurden, folgte eine heftige politische Auseinandersetzung, weil die SP-NÖ keinen einzigen Beweis für ihre Verleumdungen vorlegen konnte. Als einzige Grundlage dient ein komplett anonymisiertes E-Mail – ohne Namen, ohne Ort und ohne Datum.
„Wenn das für Leichtfried ausreicht, den Landtag und die Öffentlichkeit mit Lügengeschichten einzudecken, sowie den Landeshauptmann zu besudeln, dann bestätigt das nur meinen dringenden Verdacht, dass der Klubobmann zu einem Handlanger des Herrn Leitner verkommen ist“, betont Karner und fordert Leichtfried neuerlich auf, endlich den Absender des E-Mail bekannt zu geben und Aufklärung in die Sache zu bringen.

Baustart für Jahrhundert-projekt MedAustron

Schneeberger: „Ab 2015 gibt es neue Hoffnung für Krebserkrankte“

Foto: EBG MedAustron

Landeshauptmann Erwin Pröll (5.v.l.), EBG-Aufsichtsratsvorsitzender Klaus Schneeberger (3.v.r.) und die beiden EBG-Geschäftsführer Martin Schima (l.) und Bernd Mößlacher (r.) ehrten die „Urväter“ des Projekts MedAustron: Univ.-Prof. Meinhard Regler, Univ.-Doz. Erich Griesmayer, Peter Kowalski, Primarius Richard Pötter, Chefarzt Thomas Auberger und Geschäftsführer Bernd Mößlacher (v.l.).

Oft wird der Begriff „Jahrhundertprojekt“ zu rasch vergeben – doch wenn es um das MedAustron in Wiener Neustadt geht, dann trifft dieser Begriff zu 100 Prozent ins Schwarze.

Mitte März fand die feierliche Grundsteinlegung für das Zentrum für Forschung und Therapie mit Ionenstrahlung zur Behandlung von Krebs statt. VP-Klubobmann LAbg. Mag. Klaus Schneeberger, der auch Aufsichtsratsvorsitzender der Errichtungs- und Betreibergesellschaft EBG MedAustron ist: „Ab jetzt wird MedAustron sichtbar. In den vergangenen Jahren liefen die Vorbereitungen zwar auf Hochtouren, doch mit dem Baubeginn kommen wir in die entscheidende Phase der Realisierung dieses Jahrhundertprojekts.“

Durch das MedAustron wird es künftig möglich sein, Tumorarten, die bisher nur schwer behandelbar waren, zu behandeln. „Hier können wir vielen Krebspatientinnen und -patienten neue Hoffnung im Kampf gegen diese heimtückische Krankheit geben“, erklärt Schneeberger.

Neben der geplanten ambulanten Behandlung von Krebspatientinnen und -patienten wird bei MedAustron auch nicht-medizinische Forschung stattfinden, wie es in Österreich bisher noch nicht möglich war. Der VP-Klubobmann: „In Wiener Neustadt wird es möglich sein, trotz der Ausrichtung auf Tumorbehandlung auch nicht-medizinische Experimente mit Protonen durchzuführen. Dies wird eine hohe Attraktivität Niederösterreichs für Forschung und Bildung für Teilchenphysik mit sich bringen.“

Patientenbehandlungen ab dem Jahr 2015

Die feierliche Grundsteinlegung war nur der Startschuss für die Bauarbeiten am Gelände in Wiener Neustadt. In den kommenden Monaten wird auf der Baustelle mit Hochdruck gearbeitet werden, denn schon Ende des Jahres soll die Errichtung abgeschlossen sein, damit im kommenden Jahr mit den technischen Einbauten begonnen werden kann. Schon im Jahr 2013 soll der Probebetrieb anlaufen und ab 2015 die ersten Patientinnen und Patienten in Wiener Neustadt behandelt werden. Daher gibt der Aufsichtsratsvorsitzende eine besondere Devise aus: „In der Kürze liegt die Würze.“

Die treibende Kraft hinter MedAustron ist das Land Niederösterreich. Dazu übernahm es mit einem einstimmigen Beschluss des NÖ Landtages eine Haftung in der Höhe von 120 Millionen Euro für einen großen Teil der erforderlichen Finanzierung der Errichtungs- und Betriebsgesellschaft. Die Republik Österreich beteiligt sich an den Errichtungs- und Betriebskosten für die nichtklinische Forschung und die Stadt Wiener Neustadt stellte das Grundstück zur Verfügung und beteiligt sich ebenfalls zu einem kleinen Anteil an den Errichtungskosten.

E.E.

Bebauung im ungeregelten **Baulandbereich**

Der Paragraph 54 der NÖ Bauordnung 1996 wurde neuerlich geändert

von Dr. Walter Leiss

Mit der 11. Novelle zur NÖ Bauordnung, LGBL 8200-17, wurden neben zahlreichen anderen Änderungen auch eine Neuregelung für Bauwerke im Baulandbereich ohne Bebauungsplan (§ 54) vorgenommen. Die Novelle wurde am 10.12.2010 kundgemacht und ist seither in Kraft.

Bereits die ursprüngliche Änderung war von der Intention getragen, mit der Neuregelung eine Verwaltungsvereinfachung herbeizuführen und den in der Praxis anfallenden Verwaltungsaufwand bei der Vollziehung des § 54 NÖ Bauordnung zu reduzieren. In der Praxis hat sich allerdings sehr rasch erwiesen, dass der Vollzug der neuen Bestimmung den ursprünglichen Intentionen nicht gerecht wurde.

So wurde aus den Bestimmungen herausgelesen, dass der Bauwerber bzw. Planverfasser bereits in seinen Einreichunterlagen eine ausführliche Darstellung des Umgebungsbereiches vornehmen und diese Erhebungen auch durch ein der Baubehörde vorzulegendes Gutachten bestätigen müsste. Weiters musste festgestellt werden, dass mit der Neuregelung für den Bauwerber wesentliche Einschränkungen verbunden waren.

So war es nicht möglich, bei einer abgeleiteten Bebauungshöhe der Bauklasse I auch ein Hauptgebäude der Bauklasse II zu errichten. Damit war beispielsweise die Aufstockung eines Gebäudes oder die Errichtung eines Hauptgebäudes mit 2 Vollgeschoßen und Pultdach nicht mehr möglich.

Auch hinsichtlich der Bebauungsweise hat sich herausgestellt, dass beispielsweise in einem neu erschlossenen Siedlungsgebiet nur dieselbe Bebauungsweise gewählt werden kann, wie im Ortskern.

Mit dem nunmehr neu gefassten § 54 wird klargestellt, dass vom Bauwerber die offene Bebauungsweise und die Bauklasse I und II gewählt werden kann.

Dies hätte beispielsweise bedeutet, dass in einem neuen Sieldungsgebiet ebenfalls die geschlossene Bebauungsweise gewählt werden müsste, wenn dies im Ortskern die mehrheitlich vorhandene Bebauungsweise ist. Als Korrektiv wäre nur die Erlassung eines Bebauungsplanes oder Teilbebauungsplanes möglich gewesen, was allerdings als aufwändig erachtet wird und mit zusätzlichen Kosten für die Gemeinden verbunden ist.

Diese Umstände haben dazu geführt, dass über Initiative des Landtagsklubs der ÖVP Niederösterreich am 17.3.2011 der NÖ Landtag eine Neufassung des § 54 beschlossen hat. Die Änderungen sollen in der Folge kurz dargestellt werden:

Geltungsbereich

§ 54 gilt für Bauwerke im Baulandbereich ohne Bebauungsplan. Das heißt dort, wo ein Bebauungsplan erlassen wurde, geht dieser vor.

Festzuhalten ist, dass neben § 54, der die Anordnung und Bauweise auf den Grundstücken regelt, auch § 56 hinsichtlich des Ortsbildes weiterhin Geltung hat. Maßgeblich für die Zulässigkeit eines Hauptgebäudes ist die Bebauungsweise und Bebauungshöhe in der Umgebung.

Umgebung

Der Umgebungsbegriff wurde neu definiert und umfasst einschließlich des Baugrundstückes alle Grundstücke im Bauland – ausgenommen Bauland-Industriegebiet –, die vom Baugrundstück aus zur Gänze innerhalb einer Entfernung von 100 Metern liegen. Das Bauland-Industriegebiet wurde deswegen ausgenommen, da selbst bei Erlassung eines Bebauungsplanes für das Bauland-Industriegebiet keine Festlegung einer Bebauungsweise und Bebauungshöhe vorgesehen ist. Berück-

sichtigt werden alle bewilligten Hauptgebäude auf Grundstücken, die an das Baugrundstück angrenzen. Sie müssen mit ihrer gesamten Fläche innerhalb einer Entfernung von 100 Meter liegen. Diese Feststellungen lassen sich leicht anhand des Grundstückskatasters feststellen.

Bebauung bereits vorhanden

Jedenfalls darf die offene Bebauungsweise und die Bebauungshöhe der Bauklassen I und II gewählt werden, auch wenn in der Umgebung bereits eine andere Bebauung mehrheitlich vorhanden ist. In diesen Fällen sind auch keine Erhebungen und Darstellungen in den Einreichunterlagen erforderlich. Damit wird in einer überwiegenden Anzahl der Bauverfahren, die die offene Bebauungsweise und die Bauklasse I und II betreffen, eine wesentliche Vereinfachung erzielt. Weiters wird klargestellt, dass auf einem Grundstück auch jene Hauptgebäude in jener Bebauungsweise und Bebauungshöhe errichtet werden dürfen, die auf dem Grundstück bereits einmal bewilligt wurden. Dies gilt sowohl für die Wiedererrichtung eines Gebäudes, als auch für die Errichtung eines weiteren Hauptgebäudes auf demselben Grundstück. Auch diesfalls sind keine Erhebungen und Darstellungen in den Einreichunterlagen über die Bebauungsweise und Bebauungshöhe in der Umgebung erforderlich.
Sind im Umgebungsbereich die Bauklassen III oder höher mehrheitlich vorhanden, so darf neben der abgeleiteten Bauklasse auch die nächst niedrigere gewählt werden. Beispielsweise darf, wenn mehrheitlich die Bauklasse IV abgeleitet wird, auch die Bauklasse III, aber auch die Bauklassen I und II verwirklicht werden.

Der Umgebungsbegriff wurde neu definiert.

Hinsichtlich der offenen Bebauungsweise und Bauklassen I und II gibt es allerdings für die Baubehörde die Möglichkeit aufgrund des Abs. 4 zur Wahrung des Charakters der Bebauung eine andere Bebauungsweise oder Höhe vorzusehen. Die stellt ein Korrektiv für die Baubehörde dar. Ist beispielsweise mehrheitlich die Bauklasse IV und geschlossene Bebauungsweise abgeleitet und will der Bauwerber ein Gebäude in offener Bebauungsweise in der Bauklasse II errichten, so kann dies mit dem Abs.4 verhindert werden. Erhebungen sind in diesem Fall von der Baubehörde durchzuführen. Auch der Bebauungsplan, der in solchen Gebieten zumeist vorhanden ist, geht natürlich dem §54 vor.

Keine Bebauung vorhanden oder Mehrheit nicht feststellbar

Ist in einem Gebiet keine Bebauung vorhanden oder lässt sich eine Mehrheit nicht feststellen, so kann der Bauwerber bei gleich häufigem Auftreten zwischen diesen Bebauungsweisen und Bauklassen wählen. Die Bauklassen I und II und die offene Bebauungsweise darf jedoch jedenfalls gewählt werden. Auch hier sind in diesen Fällen keine weiteren Erhebungen und Darstellungen bei den Einreichunterlagen erforderlich.
Für die weitere Ausgestaltung und Anordnung von Hauptgebäuden und anderen Gebäuden gelten die sonstigen Bestimmungen der Bauordnung wie wenn ein Bebauungsplan vorhanden wäre, z. B. wie und wo Nebengebäude errichtet werden dürfen. Abweichungen aufgrund des Abs. 4 sind jedoch auch hier möglich. Immer ist auch zu beachten, dass der Lichteinfall unter 45 Grad auf bewilligte Hauptfenster auf den Nachbargrundstücken nicht beeinträchtigt werden darf.

Will die Baubehörde bestimmte Bauweisen oder Bebauungshöhen vorgeben, so kann sie dies mit der Ausnahmebestimmung zur Wahrung des Charakters der Bebauung oder durch Erlassung eines Bebauungsplanes.

Ausnahmemöglichkeit

Die Ausnahmebestimmung ermöglicht Abweichungen von den sich aufgrund des Abs. 1 bis 3 ergebenden Bebauungsweisen und Bebauungshöhen, wenn diese zur Wahrung des Charakters der Bebauung erforderlich ist. Diese Entscheidungen sind gegebenenfalls entsprechend zu begründen. Will die Baubehörde allerdings von vornherein bestimmte Bebauungsweisen und Bebauungshöhen verbindlich festlegen, so empfiehlt sich die Erlassung eines Bebauungsplanes oder eines Teilbebauungsplanes.

wHR Dr. Walter Leiss
ist Klubdirektor
des NÖ Landtagsklubs
der ÖVP

Akteneinsichtsrecht

Sofern eine Erhebung der in der Umgebung vorhandenen abgeleiteten Bebauungsweisen und abgeleiteten Bauklassen erforderlich ist – nicht wenn der Bauwerber sein Gebäude in der Bauklasse I oder II und in offener Bebauungsweise errichten will – besteht ein eingeschränktes Recht zur Einsichtnahme in die bezughabenden Bauakten. Es darf nur in jenem Umfang in die Akten Einsicht genommen werden, die für die Bebauungsweise und Bauklasse erforderlich sind. Die maßgeblichen Informationen beziehen sich auf die Bebauungshöhe und Bebauungsweise. Diese sind aus den Einreichplänen ersichtlich. Sollten keine Einreichpläne vorhanden sein, oder aus diesen nicht erforderlichen Informationen ermittelbar sind, so gelten die Bestimmungen über das Betretungsrecht und die damit verbundene Duldungspflicht der betroffenen Grundstücke sinngemäß.

Zusammenfassung

Mit dem nunmehr neu gefassten § 54 werden die Bestimmungen für eine Bebauung im ungeregelten Baulandbereich neu gefasst. Klar gestellt wird, dass vom Bauwerber die offene Bebauungsweise und die Bauklasse I und II jedenfalls gewählt werden kann. Damit entfallen Erhebungen über den Umgebungsbereich und müssen diese auch nicht bei den Einreichunterlagen dargestellt werden. Auch für die Baubehörde entfallen Erhebungen, wenn sich das Bauvorhaben auf die offene Bebauungsweise in den Bauklassen I und II beziehen. Klar gestellt ist damit auch, dass über diese von der Behörde zu beurteilende Fragen kein Gutachten notwendig ist. Will die Baubehörde bestimmte Bauweisen oder Bebauungshöhen vorgeben, so kann sie dies mit der Ausnahmebestimmung zur Wahrung des Charakters der Bebauung oder durch Erlassung eines Bebauungsplanes.

Es ist zu hoffen, dass mit dieser Neuregelung Verfahren beschleunigt und rascher abgewickelt werden können.

Rechtstipps aus der Praxis

Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Bürgermeistern und Gemeinderäten

Bürgermeister und Gemeinderäte haften wie jede andere Person auch für strafrechtliche Vergehen bzw. Verbrechen nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches (StGB). Die entsprechenden Begriffsbestimmungen wurden durch das Strafrechtsänderungsgesetz 2008 und das Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2009 zusätzlich erweitert und präzisiert.

Schon bisher galt, dass Bürgermeister in strafrechtlicher Hinsicht als Beamte im Sinn des § 74 Abs 1 Z 4 StGB zu qualifizieren waren und zwar dann, wenn sie hoheitlich, also in Vollziehung der Gesetze, tätig wurden.

Hinzugekommen ist der Begriff des „Amtsträgers" in § 74 Abs 1 Z 4a StGB. Vor dem Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2009 war dieser Begriff umstritten. Nun wurde klargestellt, dass jeder Amtsträger im Sinne des StGB ist, der für den Bund, ein Bundesland, einen Gemeindeverband und eine Gemeinde als deren Organ, aber auch als deren Dienstnehmer, Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung wahrnimmt.

Franz Nistelberger

Auch Bürgermeister und Gemeinderäte, welche im Rahmen der dem Gemeinderat zugewiesenen Aufgaben hoheitlich tätig werden, sind sohin in strafrechtlicher Hinsicht nicht nur Beamte, sondern auch Amtsträger, dies gemeinsam mit den Dienstnehmern der Gemeindeverwaltung. Alle unterliegen in der weitergefassten Amtsträgerqualifikation einer klareren strafrechtlichen Verantwortlichkeit, als dies vor dem Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2009 der Fall war.

Dr. Franz Nistelberger ist Verbandsanwalt des Gemeindevertreterverbandes der VPNÖ

Wir haben die passende **Jacke für dich**

Die Zeitspende in Form der freiwilligen Mitarbeit ist die wichtigste Spende an das Rote Kreuz. Spenden Sie Zeit! Wir haben die passende Jacke für Sie.

Der Innenarchitekt stellt im Flüchtlingslager Trinkwasser her. Die Hausfrau hilft pflegebedürftigen Menschen. Der Hauptschuldirektor fährt als Sanitäter im Rettungswagen. Die Lehrerin im Katastrophenfall den Lkw. Der Supermarkt-Leiter fliegt im Notarzt-Hubschrauber mit, und die Mitarbeiterin der ortsansässigen Firma organisiert Blutabnahmen in Firmen, Schulen und Gemeinden. Menschen mit seltsamen Hobbys? Sie alle sind freiwillige Rotkreuz-Helfer. Die Kraft der Menschlichkeit, die Offensivkraft des Roten Kreuzes, steckt in den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich von der Rotkreuz-Idee begeistern lassen. Es ist die gemeinsame Idee, die uns in Niederösterreich ebenso zusammenhält wie in Österreich und rund um den Erdball.

Freiwillig im Roten Kreuz

FASS DIR EIN HERZ!

www.roteskreuz.at/noe
0800 244 144

Wo kann ich mitarbeiten?

Möglichkeiten der Mitarbeit gibt es viele, den Einsatzgebieten sind keine Grenzen gesetzt. Egal ob als Sanitäter bei Unfällen oder bei der Organisation der beliebten Seniorencafes, egal ob in der Jugendarbeit oder in der Ausbildung. Entscheidend sind die eigenen Interessen und Fähigkeiten, das Rote Kreuz hat die passende Jacke für Menschen, die mitmachen wollen:

– Rettungs- und Krankentransport
– Gesundheits- und Soziale Dienste
– Ausbildung
– Verein
– Katastrophenhilfe
– Organisation von Blutspenden
– Jugendrotkreuz
– Zivildienst

Die Gründe für die Mitarbeit als Freiwilliger beim Roten Kreuz sind genauso vielfältig und individuell verschieden wie die Aufgabengebiete: Verantwortung übernehmen, Gemeinschaft erleben, Freizeit gestalten, Mitmenschen respektieren, Anerkennung bekommen, Wissen erweitern, Ideen einbringen, Sinn stiften, Kompetenzen nutzen und vieles mehr bekommt man als Antwort von den rund 13.000 freiwilligen Rotkreuz-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Niederösterreich.

Informationen

www.roteskreuz.at/noe

Neue Formen der Partnerschaft

Das Kommunalwirtschaftsforum in Krems

Mit Hilfe von Partnern aus der Wirtschaft können Gemeinden ihre Infrastruktur ohne eigene Investitionen modernisieren, den Energiebedarf senken und so Geld sparen. Wie das funktioniert, zeigte das erste Kommunalwirtschaftsforum, das Ende März im Kloster Und in Krems stattfand.

Werte in der Wirtschaft

Da Vizekanzler Josef Pröll, der als Hauptredner am zweiten Veranstaltungstag vorgesehen war, krankheitsbedingt absagen musste, entschieden sich die Veranstalter für einen Referenten aus einem gänzlich anderen Gebiet: Maximilian Fürnsinn, Abt des Stiftes Herzogenburg, sprach über die Bedeutung von Werten in der Wirtschaft.

Angesichts der Krise seien, so Fürnsinn, ein Umdenken und ein Neuanfang angesagt. Ursache der Krise sein nämlich das Versagen der Politik, weil diese der Wirtschaft zu sehr freie Hand gelassen habe. „Politik hat Rahmenbedingungen zu schaffen und Zukunftsperspektiven zu bieten", meinte der Abt.

Werte sind für Fürnsinn Entscheidungshilfen, die das Handeln beeinflussen. Als Beispiele nannte er Nachhaltigkeit, Solidarität und Fairness. Das Ziel müsse eine Marktwirtschaft mit Verantwortung sein.

Abt Maximilian Fürnsinn: „Politik hat Rahmenbedingungen zu schaffen und Zukunftsperspektiven zu bieten."

Podiumsdiskussion mit Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer und seinen Bürgermeisterkollegen Inge Rinke (Krems) und Gerhard Mock (St. Veit/Glan) und Vertretern aus der Wirtschaft.

Wirtschaft hat großes Interesse an den Gemeinden

In der abschließenden Podiumsdiskussion beleuchteten Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und seine Bürgermeisterkollegen Inge Rinke (Krems) und Gerhard Mock (St. Veit/Glan) gemeinsame mit den Wirtschaftsvertretern Peter Engert (Raiffeisen-Leasing), Josef Stadlinger (Siemens), Karl-Heinz Strauss (PORR) und Wolfgang Vasko (VASKO+ PARTNER INGENIEURE) die aktuelle Lage der Partnerschaft von Gemeinden und Unternehmen.

Mödlhammer stellte fest, dass die Wirtschaft jetzt viel mehr Interesse habe mit den Gemeinden zusammen zu arbeiten, als noch vor einigen Jahren. Die Gemeinden seien ja vor allem deswegen als Partner so interessant, weil sie für so viele Dinge zuständig sind. „Wenn die halbe Bundesregierung weg ist, merkt das kein Mensch. Aber wenn der Bürgermeister nicht da ist, dann steht das Werkl."

Gerhard Mock kritiserte, dass der Bund die Gemeinden in den letzten Jahren zunehmende aushungert. „Dabei machen wir, die Gemeinden, die Arbeit, die eigentlich die Bundesregierung machen sollte. Nämlich Arbeitsplätze schaffen und die Nahversorgung sichern!" Und Gastgeberin Inge Rinke unterstrich, dass die Kommunen trotz enormer Belastungen in den letzten Jahren weiter investiert haben. Das sei nur mit Unterstützung der Wirtschaft möglich gewesen.

PORR-Chef Strauss machte die anwesenden Vertreter von Firmen darauf aufmerksam, dass es gerade beim Geschäft mit Gemeinden auf Handschlagqualität ankomme. Es gab aber auch Wünsche der Wirtschaft an die Politik. So forderte etwa Peter Engert von den Gemeinden mehr Flexibilität und schnellere Entscheidungen. Und Wolfgang Vasko appellierte an die Bürgermeister mehr Vertrauen in die private Wirtschaft zu haben.

Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Ein innovatives Produkt von Raiffeisen

Ob Schule, Kindergarten, Amtshaus oder Sporthalle; Investitionen in Neuerrichtung und Sanierung von öffentlichen Gebäuden stehen häufig auf der Tagesordnung. Energieeffizientes Bauen und Sanieren, ein ganzheitliches Produkt von Raiffeisen, bietet hiefür eine Lösung.
Ein Gebäude hat über seine Lebensdauer betrachtet verschiedene Phasen: die Planung, die Errichtung und die Nutzung. In jeder dieser Phasen entstehen Kosten. Bisher war - auch aus Gründen der Sichtbarkeit - das Hauptaugenmerk auf jene Kosten gerichtet, die bis zum Beginn der Nutzungsphase anfallen; die Planungs-, Bau- und Finanzierungskosten. Wird ein Gebäude jedoch über dessen gesamte Lebensdauer betrachtet, so wird ersichtlich, dass der Großteil der Kosten in der Nutzungsphase anfällt.
In Zeiten des ökologischen Wandels sowie der immer schwierigeren Finanzlage der Kommunen ist es eine Herausforderung für innovative Unternehmen, ein Produkt anzubieten, welches sowohl die immer stärker in den Vordergrund tretenden ökologischen Gesichtspunkte berücksichtigt, als auch eine Lösung für die Finanzierung bietet.
Energieeffizientes Bauen und Sanieren, ein Produkt von Raiffeisen, vereinigt innovative Ansätze in der Errichtung und Finanzierung von Gebäuden mit Umwelt- und Kostenbewusstsein durch den nachhaltigen Einsatz von Energie im Betrieb.

So stellen, neben einer Energieeinspar- bzw. -verbrauchsgarantie, fixierte Kosten für die Errichtung einen wesentlichen Bestandteil von Energieeffizientem Bauen und Sanieren dar. Investitionen werden somit planbar zu Beginn eines Projektes gedeckelt und böse Überraschungen mit versteckten Kosten vermieden. Auch setzt Energieeffizientes Bauen und Sanieren besonders auf die Einbindung ortsansässiger Betriebe, nicht nur um eine regionale Wertschöpfung zu erhalten, sondern auch um bestehendes Know-How bestmöglich in ein Projekt einzubringen. Eine für die Gemeinde optimale Finanzierung vervollständigt das Paket.
Ein Beispiel für Energieeffizientes Bauen und Sanieren ist das neu errichtete Gemeindezentrum in der Gemeinde Irnfritz-Messern.
Raiffeisen ist es gelungen, 88 Prozent der Wertschöpfung regional zu vergeben. Das Haus wurde barrierefrei errichtet, und es wurde auf größtmögliche Energieeffizienz geachtet – die Einsparungen im Energiebereich betragen im Vergleich zum früheren Gemeindeamt rund 59 Prozent, die Wärmeversorgung erfolgt umweltfreundlich durch die örtliche Fernwärmeanlage. Damit kann langfristig eine deutliche Kosteneinsparung und eine wesentliche ökologische Verbesserung sichergestellt werden.
Der Erfolg dieses und vieler weiterer Projekte zeigt, dass Umwelt- und Kostenbewusstsein einhergehen können und eine zukunftsorientierte Lösung zur Umsetzung kommunaler Bauvorhaben bieten.

E.E.

Ihre Vorteile

- Gesamtkosteneinsparung
- Vertraglich fix garantierte Energieeinsparung / Energieverbrauch
- Garantierte Pauschal – Investitionssumme
- Minimaler Eigenaufwand ermöglicht durch einen kompetenten Ansprechpartner (keine Schnittstellen)
- Maastrichtkonforme Finanzierung
- Zusätzliche Fördermöglichkeiten auf Grund der Energieeinsparungsgarantie
- Maßnahmenumsetzung mit heimischen Gewerbetreibenden
- CO2-Reduktion

Informationen

bei Ihrer örtlichen Raiffeisenbank oder bei

Raiffeisen-Leasing GmbH
Mag. Gottfried Heneis
Tel.: 01/716 01-8070
gottfried.heneis@rl.co.at
www.raiffeisen-leasing.at

Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG
Christian Pelzmann,
Mag. Carolina Emsenhuber
Tel.: 051700-92944
office.kui@raiffeisenbank.at
www.raiffeisenbank.at

Krisen- und Katastrophen-schutzmanagement in NÖ

Zweistufiges Ausbildungskonzept in den Gemeinden

Die Sicherheit der Bevölkerung hat in Niederösterreichs einen sehr hohen Stellenwert. Dazu zählt auch der Schutz vor Krisen- und Katastrophenereignissen.
Gerade in den letzten Jahren war Niederösterreich mehrmals von Hochwasser- und Unwetterereignissen stark betroffen. Aber auch die fortschreitende Technisierung mit immer komplexeren Systemen und die Zunahme des Verkehrs führen zu immer höheren Risiken. Gleichzeitig hat auch das Informationsbedürfnis der Bevölkerung und der Medien stark zugenommen.
Im Anlassfall haben daher gerade die Gemeinden eine wichtige und verantwortungsvolle Koordinierungsaufgabe, wenn es darum geht, Krisen- und Katastrophenereignisse zu bewältigen.
Das frühe Erkennen und Bewerten von potentiellen Gefahren, die Vorbereitung von Maßnahmen, die aktuelle Verfügbarkeit von Daten und Ressourcen, aber ganz besonders die Information der Bevölkerung sind wichtige Voraussetzungen für ein effizientes Krisen- und Katastrophenschutzmanagement.
Das Land Niederösterreich hat gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen auf diese geänderten Rahmenbedingungen entsprechend reagiert und Konzepte für die Zukunft erarbeitet.

Über 700 Verantwortungsträger der Gemeinden wurden bereits mit Modul 1 geschult.

„Uns war es ein großes Anliegen, neue Instrumente und bedarfsorientierte Ausbildungsangebote für die Gemeinden zu entwickeln, damit eine einheitliche und rasche, vor allem aber, eine personal-

Das Angebot des Landes für die Gemeinden umfasst:

- ein Risikomanagementwerkzeug zur einheitlichen Beurteilung des Risikos von erkannten Gefahren im Gemeindegebiet (Modul 1)
- Nutzung von FDISK zur Verwaltung der Katastrophenschutz- und Sonderalarmpläne (Modul 2)
- Digitalfunkgeräte für die behördliche Einsatzleitung auf Gemeindeebene (Anschaffungskosten für Funkgeräte ca. 600 Euro/Gerät), Benutzung kostenlos, Bestellung über Abt. IVW4 – Feuerwehr und Zivilschutz)
- ein umfangreiches Schulungsangebot zur nachhaltigen Anwendung der Werkzeuge auf Gemeinde- und Bezirksebene
  - Modul 1 (2 Tage, Kursbeitrag: 47 Euro)
  - Modul 2 (1 Tag, Kursbeitrag: 27 Euro)
- Unterstützungsleistung bei der Erstellung der Pläne im System FDISK – kostenlos
- Schulungen für die optimale Anwendung von Frühwarn- und Prognosesystemen - kostenlos
- Kostenlose Führungs- und Stabsausbildung für Mitglieder der behördlichen Einsatzleitung an der NÖ Landes-Feuerwehrschule

schonende Vorbereitung auf zukünftige Bedrohungen und Katastrophen möglich ist", betont der für das Feuerwehr- und Katastrophenschutzwesen zuständige Landesrat Stephan Pernkopf.
Das Katastrophenschutzmanagement des Landes NÖ beginnt mit dem Erkennen von Gefahren und Risiken und deren Beurteilung. Basierend auf den Erkenntnissen der Risikoanalyse ist eine gute und effiziente Katastrophenschutzplanung möglich.
Diese beiden Schritte eines zeitgemäßen Katastrophenschutzmanagements will das Land NÖ mit einem zweistufigen Ausbildungskonzept in den Gemeinden umsetzen.

Ausbildungsmodul 1

Der NÖ Zivilschutzverband führt nun seit Mai 2009 im Auftrag der Landesregierung die Ausbildung Krisen- und Katastrophenschutzmanagement in Niederösterreich durch.
Rund 320 Gemeinden haben bereits das „Modul 1" absolviert. Bei den Kursbewertungen wurde aufgezeigt, dass auch katastrophengeprüfte Gemeinden wichtige Informationen im Katastrophenschutzmanagement in ihre Gemeinde mitnehmen konnten.
In dieser Schulung stehen das Erkennen und das Beurteilen von Gefahren im Vordergrund. Aber auch die Erstellung von Katastrophenschutzplänen und Sonderalarmplänen für bestimmte Ereignisse werden erlernt.

Katastrophenschutzpläne sollen digitalisiert werden

Um für den Notfall gerüstet zu sein, müssen wie in allen anderen Bundesländern auch in Niederösterreich die Gemeinden, die Bezirke und das Land NÖ Katastrophenschutzpläne erstellen. Bis dato hat jede Gemeinde ihren Plan meist in einem Textverarbeitungsprogramm niedergeschrieben. Wichtige Daten wurden somit mehrfach in verschiedensten Plänen eingetragen. Die Aktualisierung der Daten erforderte enorm viel Zeit und Arbeit.
Damit diese Pläne zukünftig noch besser aufeinander abgestimmt sind und wichtige Katastrophenschutzdaten einfacher aktualisiert werden können, setzt das Land Niederösterreich auf ein im Feuerwehrwesen bereits erfolgreich eingesetztes Datenverarbeitungsprogramm (siehe Info Box FDISK).

Um den Gemeinden die Nutzung des Programmes zu ermöglichen, bietet das Land NÖ mit Unterstützung des NÖ Zivilschutzverbandes Schulungen an.
Voraussetzung für die Teilnahme an diesem Ausbildungsmodul 2 ist die Absolvierung des Ausbildungsmoduls 1.

Ausbildungsmodul 2

Erlernen der ersten Schritte in FDISK und Digitalisierung des Katastrophenschutzplanes.

Was ist FDISK?

Das Feuerwehrdateninformationssystem und Katastrophenschutzmanagement (FDISK) wurde vom NÖ Landesfeuerwehrverband entwickelt und wird im Feuerwehrbereich bereits in fünf Bundesländer eingesetzt (Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Wien).
Aktuell werden 3.057 Feuerwehren mit ca. 200.000 Mitgliedern verwaltet. 35.000 FDISK Benutzer sind im System angemeldet und garantieren einen hohen Aktualisierungsgrad der Daten. In Niederösterreich wird ebenso die gesamte Kurs- und Bewerbsadministration über das System abgewickelt. Das Land NÖ will nun die bestehende Struktur des Programms nutzen, um zukünftig die Katastrophenschutzpläne auf Gemeinde, Bezirks- und Landesebene einheitlich zu erstellen.

Das Land NÖ will FDISK nutzen, um zukünftig die Katastrophenschutzpläne auf Gemeinde, Bezirks- und Landesebene einheitlich zu erstellen.

Landesrat Stephan Pernkopf

„Geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, ich darf Sie einladen von diesen neuen Möglichkeiten Gebrauch zu machen und gemeinsam mit uns den NÖ Katastrophenschutz als Basis für Stabilität, Sicherheit und Lebensqualität in unserem Land weiterzuentwickeln."

LAbg. Johann Hofbauer, Präsident des NÖ Zivilschutzverbandes

„Die Aufgabe des NÖ Zivilschutzverbandes ist es, zu informieren und zu schulen. Sowohl die Bevölkerung als auch die Zivilschutzbeauftragten der Gemeinden. Wir unterstützen die Verantwortlichen in den Gemeinden in ihrer Informationspflicht für die Bevölkerung, um sie auf einen möglichen Katastrophenfall vorzubereiten. Gerade die aktuelle Situation in Japan zeigt uns, wie wichtig die Eigenvorsorge jedes einzelnen/jeder einzelnen ist. Damit im Akutfall persönliche Sicherheit und Vorsorge soweit wie möglich gegeben ist und in Ruhe und Besonnenheit das Notwendige zum Schutz der Allgemeinheit getan werden kann und alle Einsatzorganisationen und Freiwillige bestens geschult zur Verfügung stehen."

„Mehr Aufgaben, weniger Geld“

23. Österreichischer Bürgermeistertag

150 Bürgermeister und zahlreiche Gäste kamen zum 23. Bürgermeistertag nach Wieselburg.

150 Bürgermeister kamen zum vom Forum-Land veranstalteten 23. Österreichischen Bürgermeistertag in das Francisco-Josephinum in Wieselburg. Organisator Sixtus Lanner hatte die Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Unsere Gemeinden: Immer mehr Aufgaben. Immer weniger Geld. Wohin soll das führen?“ überschrieben und mit Rechnungshofpräsident Josef Moser, ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf und GVV-Vizepräsident Karl Moser drei hochkarätige Referenten um Antworten gebeten.

Rechnungshofpräsident Josef Moser forderte eine neue Regelung des Finanzlastenausgleichs und die Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, um die Benachteiligung kleinerer Gemeinden zu beenden.

ÖVP-Klubobmann Kopf forderte Effizienzsteigerung bei den Kostentreibern soziale Wohlfahrt, Gesundheit und Pflege. Hier müsse die jährliche Steigerung an das Wirtschaftswachstum von derzeit 2 Prozent angepasst werden. Im österreichischen Gesundheitswesen, das zu den besten, aber auch teuersten Systemen der Welt gehöre, ortet Kopf ein Sparpotenzial von 10 bis 20 Prozent ohne spürbare Qualitätseinbußen. Besonders bei den Spitälern seien Reformen nötig, meinte er in Richtung von Gesundheitsminister Stöger.

GVV-Vize Karl Moser warnte die Gemeinden vor einem Konkurrenzkampf um Betriebsansiedlungen oder Gemeindebürger: „Es ist sinnlos, wenn Gemeinden einen Wettbewerb darin führen, die besseren Betriebskeiler oder Kopfgeldjäger zu sein“, betonte er.

Sanieren Sie jetzt Ihr Zuhause in NÖ!

Mit der thermischen Sanierung Ihres Hauses auf Erfolgskurs

Foto: Andi Bruckner

Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka: „Am besten nicht mehr lange warten – die Bausaison beginnt, die Förderung steht! Alles Gute für Ihr Zuhause.”

Energie sparen ist in den meisten Fällen ganz leicht. Mit einer thermischen Gesamtsanierung des Eigenheimes werden Energie- und Betriebskosten gesenkt, der Gebäudewert gesichert und eine langfristige Erhaltung der Bausubstanz garantiert. Beispiele von bereits sanierten Häusern zeigen, dass bei einer optimal abgestimmten Sanierung Einsparungen von durchschnittlich 70 Prozent des Heizenergiebedarfs zu erzielen sind.

Dabei schont die Modernisierung der eigenen vier Wände nicht nur die Geldbörse, sondern auch die Umwelt. Jeder Einzelne kann hier seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten – und mit zahlreichen Ein- und Zweifamilienhäusern liegt gerade in Niederösterreich hier großes Energiesparpotenzial.

Ihr Sanierungstipp:

Warum Außenwände dämmen?

– durchschnittlich 30 Prozent Einsparung der Heizkosten durch den Vollwärmeschutz

„Das Haus einpacken“ – Die **Wärmedämmung** des Gebäudes ist heute das Um und Auf. Man dämmt nachträglich um Energie einzusparen und die Heizkosten in Zukunft so gering wie möglich zu halten. Ein sehr angenehmer Faktor ist, neben der Senkung der Betriebskosten, die gesteigerte Behaglichkeit in einem gedämmten Haus.

Informationen
NÖ Wohnbau-Hotline 02742/22133
(Mo.-Do. von 8-16 Uhr, Fr. von 8-14 Uhr)
www.noe.gv.at
www.noe-wohnservice.at

E.E.

SonnenKraft-Potenzialanalyse

Natürliche Ressourcen bestmöglich nutzen

Erneuerbare Energien sind die großen Hoffnungsträger, wenn es um unsere künftige Energieversorgung geht. Photovoltaik wird dabei als erneuerbare Stromquelle mit einem besonders hohen Potenzial eingestuft.

Einige NÖ Gemeinden haben dazu schon Pilotprojekte gestartet und als echte Vorreiter Photovoltaik-Anlagen auf Gemeindegebäuden – Rathaus, Schule, Kindergarten – errichtet. Auch immer mehr Privatpersonen interessieren sich für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen.
Gerade bei der Nutzung von Sonnenenergie hängt aber der erzielbare Ertrag ganz wesentlich von einer optimalen Positionierung und Ausrichtung der Anlage zur Sonne ab. Also stellen sich folgende Fragen:

– Welche Flächen sind besonders gut geeignet?
– Wo ist zumindest ein guter bis mittelmäßiger Ertrag zu erwarten?
– Welche Standorte sollten lieber sofort ausgeschieden werden?

Die SonnenKraft-Potenzialanalyse kann Ihnen diese Fragen beantworten. Im Rahmen der SonnenKraft-Potenzialanalyse werden alle bestehenden Gebäude und sonstigen Flächen einer Gemeinde hinsichtlich Ihrer SonnenKraft-Eignung bewertet. Die wichtigste Datengrundlage für die Analyse ist ein hochauflösendes digitales Geländemodell, das im Auftrag der EVN erstellt wurde.
Die Analyse berücksichtigt
– Ausrichtung entsprechend der Himmelsrichtung,
– Dach- und Geländeneigung,
– Nahverschattung durch z. B. Gebäude, Vegetation,
– Fernverschattung durch Geländeerhebungen,
– Berechnung der Sonnenscheindauer und der Verschattung,
– Einstrahlungsenergie.

Die SonnenKraft-Potenzialanalyse kann den Einstieg der Gemeinde in eine nachhaltige Energiezukunft einleiten.

Erstmals können damit potenzielle Standorte für Solar- und Photovoltaikanlagen flächendeckend klassifiziert werden.
Die SonnenKraft-Potenzialanalyse zeigt Ihnen, welche Gebäude Ihrer Gemeinde für PV-Anlagen geeignet sind und sichert damit Ihre Investitionen in eine klimaschonende Energiezukunft ab.
Die SonnenKraft-Potenzialanalyse kann nicht zuletzt den Einstieg Ihrer Gemeinde in eine nachhaltige Energiezukunft einleiten. Die Energie-Profis der EVN stehen Ihnen dabei gerne zur Seite und begleiten Sie von der Standortbestimmung bis zur Umsetzung eines Gesamtkonzepts.

Info-Abende in Ihrer Gemeinde

Das Interesse an privaten Sonnen-Kraftwerken in Niederösterreich wächst ständig. Mit den Daten aus der EVN SonnenKraft-Potenzialanalyse können Sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern fundierte Grundlagen für eine Kaufentscheidung anbieten. Auf Wunsch bietet Ihnen das EVN SonnenKraft-Team Infoabende in Ihrer Gemeinde, die gemeinsam mit dem Bürgermeister oder anderen Gemeindevertretern organisiert werden. Gemeinsam mit Ihnen informieren wir Interessierte über die Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Errichtung von PV-Anlagen.

Interessiert?

Kontaktieren Sie Ihre/n EVN Kundenbetreuer/in oder rufen Sie uns an: 02236 200 20500.

E.E.

Mehr Sicherheit für Kinder mit Alexandra und Fabian

HYPO NOE Gruppe und Kommunalverlag veranstalten Gewinnspiel für Gemeinden

Gerade Kinder sind im Straßenverkehr besonders gefährdet. Sie wissen oft noch nicht, wie man sich richtig verhält und handeln in gefährlichen Situationen oft anders als Autofahrer es erwarten.

Unzählige Faktoren können einen Zusammenstoß auslösen, doch nur wenige können einen verhindern.
Eine wirkungsvolle Methode, um Autofahrer auf Kinder aufmerksam zu machen, können Hinweisschilder sein. Neben den vorgeschriebenen Verkehrszeichen haben Gemeinden die Möglichkeit, auch zusätzliche Schilder anzubringen, die zu erhöhter Aufmerksamkeit mahnen.

Der Österreichische Kommunalverlag setzt sich schon seit langem mit Fragen der Verkehrssicherheit auseinander und bietet Gemeinden die bewährten Hinweisschilder „Alexandra“ und „Fabian“, die bei Autofahrern für mehr Aufmerksamkeit sorgen sollen. Die beiden – jeweils eine Tafel mit der Aufschrift „Vorsicht Kinder“ über den Kopf haltend – appellieren an das Verantwortungsgefühl, das wir gegenüber den schwächsten Verkehrsteilnehmern haben sollten. Alexandra und Fabian sind bereits in vielen Gemeinden, vor allem vor Schulen, Kindergärten und Spielplätzen im Einsatz – überall dort, wo auf Kinder, die vielleicht die Straße überqueren wollen, aufzupassen ist.

Um die „Vorsicht Kinder“-Schilder noch mehr Gemeinden zukommen zu lassen, veranstalten der Kommunalverlag und die HYPO NOE Gruppe jetzt ein Gewinnspiel, bei dem 30 dieser Schilder (je 15-mal Alexandra und Fabian) verlost werden.

„Mit der Verlosung von ‚Alexandra‘ und ‚Fabian‘ wollen wir ein Zeichen setzen, dass wir uns nicht nur um Sicherheit bei unseren Finanzierungen bemühen, sondern auch die Sicherheit unserer Kinder unterstützen“, erklärt Peter Harold, Vorstandsvorsitzender der HYPO NOE Gruppe. Als Bank des Landes NÖ bietet sie individuelle und maßgeschneiderte Finanzierungslösungen an und ist ein solider Partner der niederösterreichischen Gemeinden. Persönliche Betreuung und Vertrauen sind dabei ein wichtiges Anliegen.

Die Gewinnspielfrage:

Wie heißen die beiden Kinder, die die „Vorsicht Kinder!“-Schilder halten?

Schicken Sie die richtige Lösung mit Ihren Kontaktdaten an:
Österreichischer Kommunalverlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
oder an **gewinnspiel@kommunal.at**
Kennwort/Betreff „Gewinnspiel NÖ GEMEINDE“.

Die Verlosung findet im Juni statt.

Landesrat Stephan Pernkopf: „Im Energie-Gemeinde-Paket sind sämtliche Leistungen des Landes zu Bildung, Beratung und Förderung im Feld der Erneuerbaren Energie gebündelt.“

Maßgeschneidertes Energiepaket für Gemeinden

Landesrat Pernkopf: 100 Prozent Ökostrom bis 2015 in Niederösterreich

E.E.

100 Prozent sauberer Strom für Niederösterreich“, so lautet das Energieziel von Energie-Landesrat Dr. Stephan Pernkopf. Schon 2015 soll demnach der landesweite Bedarf an Elektrizität aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse erzeugt werden. „Um dieses ambitionierte Vorhaben umsetzen zu können, brauchen wir die volle Unterstützung unserer Gemeinden“, betont Pernkopf. Das Energie-Gemeinde-Paket des Landes bietet neue Anreize für Gemeinden, um zusätzliche Projekte im Bereich Energie, Umwelt und Klima zu starten.

Im Energie-Gemeinde-Paket gebündelt sind sämtliche Leistungen des Landes zu Bildung, Beratung und Förderung im Feld der Erneuerbaren Energie. Und es gibt viel Neues für die Gemeinden:

- Das Service-Telefon für Funktionäre als erste Anlaufstelle bei Energie-Fragen: 0 27 42/ 221 444
- Die neue Energie-Gemeinde-Homepage: **www.gemeinden.energieberatung-noe.at**
- Das Energie-Gemeinde-Handbuch bietet eine Übersicht zu allen relevanten Veranstaltungen, Bildungsangeboten und Partnern. Es beschreibt die Rechte und Pflichten der Umweltgemeinderäte und ist die Arbeitsunterlage für alle engagierten Mandatare
- Bildungsscheck: Weiterbildung zum Thema Energie, Umwelt und Klima wird mit bis zu 500 Euro unterstützt;
- Förderratgeber Klima: Übersichtliche Zusammenstellung aller relevanten Förderungen für Gemeinden – Quartalsweise aktuell als Download auf der Energie-Gemeinde-Homepage

„Mit dem Energie-Gemeinde-Paket hat das Land eine neue Plattform geschaffen. Es handelt sich dabei nicht um einen Geschenkskorb, sondern um eine wichtige Unterstützung für all jene Gemeinden, die in Richtung Energie-Unabhängigkeit streben“, so Pernkopf.

Informationen

Alle weiteren Informationen, das Energie-Gemeinde-Handbuch und den Förderratgeber, erhalten Interessierte über das Service-Telefon (02742/221 444) oder über die Energie-Gemeinde-Homepage: **www.gemeinden.energieberatung-noe.at**

EDV-Experte, Gemeinderat, **Feuerwehrmann**

Patrick Rosner – GVV-Bezirksobmann in Wien-Umgebung

von Prof. Dr. Franz Oswald

Er hat ein nicht ganz leichtes Erbe angetreten, seine Vorgängerin war keine Geringere als Sissy Roth-Halvax, die viel zu früh Verstorbene, für ihn ist sie Vorbild: Patrick Rosner, Geschäftsführender Gemeinderat in Gramatneusiedl, seit Juni vorigen Jahres auch GVV-Bezirksobmann in Wien-Umgebung.

Rosner ist der jüngste Bezirksobmann, und dies – was neu ist – als Vertreter einer VP-Minderheitsgemeinde. „Das war so auch beabsichtigt. In einem für die ÖVP politisch nicht ganz leichten Bezirk mit mehreren SP-Bürgermeistern sollte ganz bewusst ein VP-Minderheitsvertreter den Bezirksobmann machen“, erinnert sich Rosner an die Motive seiner Wahl.

Landjugend-Bundesobmann, Gemeinderat

Geboren am 25. Mai 1976 als Sohn einer Volksschuldirektorin und eines Angestellten wurde er in der Unterstufe des Salesianer-Gymnasiums Unterwaltersdorf katholisch erzogen und fühlt sich – was sein Verhältnis zur Kirche betrifft – durchaus als Anhänger eines Reformkurses („Frauen in kirchliche Ämter!“). 1995 maturierte er an der HTL für EDV und Organisation in Wien-Spengergasse und trat in die CA (jetzt UniCredit) ein, wo er heute Projektmanager für den Zahlungsverkehr ist.
Politisches und organsiatorisches Talent bewies Rosner in der Landjugend, wo er es bis zum Bundesobmann brachte. 2005 zog er in den Gemeinderat ein. 2010 war er VP-Spitzenkandidat und eroberte fünf Mandate. „Mit dem sechsten Mandat, für das uns nur sechs Simmen fehlten, wäre zusammen mit den Kleingruppen im Gemeinderat der Bürgermeister drin gewesen“, verweist Rosner auf durchaus vorhandene Möglichkeiten eines Umschwungs im erzroten Gramatneusiedl, wo die SPÖ zuletzt drei Mandate verloren hatte.

Patrick Rosner mit Landesrätin Johanna Mikl-Leitner bei der Eröffnung des neuen Kindergartens.

Am Puls der Gemeinde

Jetzt, als Geschäftsführender Gemeinderat für Zivil- und Katastrophenschutz („In Zeiten wie diesen gar nicht so uninteressant“), bemüht sich Rosner um – durchaus kantige – Sachlichkeit und ist gegen Verhaberung. Als einer, der selbst täglich mit dem Zug nach Wien pendelt, hat er zweifellos die Hand am Puls der typischen Pendlergemeinde Gramatneusiedl, die mit ihren derzeit 2900 Einwohnern ständig am Wachsen ist. Kritisch sieht er daher die örtliche Siedlungspolitik: „Man kann nicht ständig Baugründe aufschließen, ohne für die nötige Infrastruktur – einschließlich Schulbauten – zu sorgen“, zeigt Rosner Fehlentwicklungen auf, die auch auf andere wachsende Gemeinden des Bezirkes zutreffen.
Was die Gemeindeprobleme insgesamt betrifft, so sind sie im Bezirk nicht anders als sonstwo. Die Schere zwischen (Sozial-)ausgaben und Einnahmen geht immer mehr auf, neue Finanz- und Organisationsmodelle ebenso wie ein rigoroser Sparkurs seien unerlässlich, betont Rosner. Als Bezirksobmann hält er Kontakt mit den VP-Obmänner, Bürgermeistern und anderen Gemeindevertretern des Bezirks, oft per Telefon und via E-Mail. Auch da liegt Rosner – Stichwort E-Government – voll im Trend.

Zugtrupp-Kommandant

Der Familienvater (mit einer Kindergärtnerin als Gattin und einem einjährigem Sohn) hat, neben Beachvolleyball, vor allem ein Hobby: die Feuerwehr. Hier ist er Zugtrupp-Kommandant, vielleicht eine wichtige Stufe auf dem Weg zum „Kommandanten“ der Gemeinde. Auch hier sieht er den Weg von Sissy Roth-Halvax als Vorbild: Sie ging als VP-Minderheitsvertreterin ihrer Gemeinde von Wohnung zu Wohnung, direkt auf die Menschen zu und wurde Bürgermeisterin. Patrick Rosner ist offenbar auf einem guten Weg.

Vom Löscheimer zur **Katastrophenhilfe**

Große Feuerwehrausstellung in Stift Geras

Das Waldviertler Prämonstratenser-Chorherrenstift Geras ist bis Ende Oktober Schauplatz einer großen Feuerwehrausstellung. „Im Jahr der Freiwilligen bietet sich hier eine passende Gelegenheit, die Feuerwehren, ihre Entstehung, ihre Entwicklungen und all ihre Leistungen in einem wunderbaren Rahmen zu präsentieren“, kommentiert Niederösterreichs Landesfeuerwehrkommandant Präsident Josef Buchta den Beschluss des Landesfeuerwehrrates, diese Ausstellung gestalten zu lassen.
Gezeigt wird ein Querschnitt aller Dienstleistungen, die Freiwillige Feuerwehren zu bewältigen imstande sind. Dazu werden selbstverständlich historische Fahrzeuge und Geräte präsentiert, ebenso wie alte und neue Uniformen und alles, was dazugehört. Auch die Jüngsten werden nicht zu kurz kommen – sie werden sich in einer eigenen Kinderecke auch aktiv betätigen können. Besondere Exponate sollen Besuchern in der Winterkapelle präsentiert werden – dort wird Zeit für Besinnung und Ruhe sein. Dort werden auch Menschen zu Wort kommen, die in irgendeiner Form betroffen waren oder sind.
Auch den Feuerwehrheiligen, allen voran dem Heiligen Florian, wird eine Sequenz der Ausstellung gewidmet sein.
Die Ausstellung, zu welcher der NÖ Landesfeuerwehrverband den Kunst- und Kulturhistoriker Hannes Etzlstorfer gewinnen konnte, wird am 6. Mai anlässlich des Floriani-Empfanges des NÖ Landesfeuerwehrverbandes feierlich eröffnet und ist ab 7. Mai öffentlich zugänglich.

Die **Fachmesse** der gemdat

Besucher vom Lösungsangebot beeindruckt

Großes Interesse an den Produkten und eine überaus positive Stimmung kennzeichneten die 23. gemdat-Fachmesse für kommunale Softwarelösungen. Ein buntes Programm an Vorträgen und eine umfangreiche Produktpräsentation an fünfzehn Präsentationsständen gab den Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit, sich vom Leistungsumfang der Produkte der gemdat NÖ und deren Nutzen für den täglichen Einsatz in der Gemeindeverwaltung zu überzeugen.
Großes Interesse gab es an K.I.M.-ELAK der elektronischen Aktenverwaltung, die mittlerweile in alle Sachdatenanwendungen integriert wurde. Weiters fand die LMR- und GIS-Integration in die K.I.M.-Umgebung großen Anklang. K.I.M.-Standesamt mit elektronischen Mitteilungsverfahren, Web-Kevin, Kommunalnet, Funkauslesung der Wasserzähler und die neuen Systemsoftwareprodukte von Microsoft waren weitere wesentliche Anziehungspunkte der Besucher.

Unter den zahlreichen Besuchern aus Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden befanden sich unter anderem auch Landtagspräsident Herbert Nowohradsky und Alfred Gehart vom Gemeindereferat der NÖ Landesregierung.

Großes Interesse gab es an K.I.M.-ELAK der elektronischen Aktenverwaltung, die mittlerweile in alle Sachdatenanwendungen integriert wurde.

Gemeindekontrolle mit neuem System

Das Pilotprojekt IKS kommt jetzt in fünf NÖ Geminden

von Prof. Dr. Franz Oswald

Fehlentwicklungen, Misswirtschaft, Unterschlagung und fehlende Kontrolle sind Begriffe, die zunehmend auch den öffentlichen Bereich, und damit auch Gemeinden, betreffen. Der Ruf nach neuen Kontrollsystemen wird lauter, zumal bestehende Kontrollen vielfach nicht mehr ausreichen. Hier schaltet sich nun auch die Kommunalakademie Niederösterreich ein und hat beim einschlägigen Unternehmen „caring beyond solutions“ eine Studie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse auf 165 Seiten vorliegen. Jetzt wurde ein Pilotversuch in fünf NÖ Gemeinden gestartet.

Risken konrolliert begegnen

Genauer Titel der Studie: Möglichkeiten der Einführung interner Kontrollsysteme (IKS) in die Verwaltungsabläufe der Gemeinden in Niederösterreich. Sie zeigt zunächst beispielhaft auf, wo Risken in den Gemeinden bestehen und wie diesen durch geeignete Kontrollen am besten begegnet werden kann. Erfahrungen von öffentlichen Stellen mit IKS wurden eingearbeitet, entsprechende Empfehlungen über die systematisierte Einführung eines IKS in Gemeinden des Landes werden gegeben.

Mehr Gemeinde-Effizienz durch IKS

Die wichtigsten Erkenntnisse der Studie:

- Bestehende interne Kontrollen genügen meist nicht mehr, es fehlt ein nachvollziehbares internes Kontrollsystem, das auch veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden kann.
- Nationale und internationale Beispiele zeigen die Effizienz von IKS im öffentlichen Sektor, zeigen Einsparungseffekte und sinnvolle Reformschritte und damit letztlich mehr Bürgerservice auf.
- Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Einführung von IKS ist entsprechendes Prozessmanagement, was nur durch laufende Schulungen möglich ist.
- Die Auswahl der geeigneten Methode zur Einführung von IKS kann durch Pilotprojekte in ausgewählten Gemeinden sichergestellt werden. (Was, wie am Schluss dieses Beitrags dargestellt wird, soeben geschieht.)
- Grundsätzlich wichtig: IKS ist Führungsaufgabe und zudem von allen Mitarbeitern einer Gemeinde zu leben.

Unter Leitung des Akademie-Vorsitzenden Christian Schneider fand eine Startbesprechung zur Durchführung eines IKS-Pilotprojektes statt

Probelauf in fünf NÖ Gemeinden

Zum Pilotprojekt: Unter Leitung des Akademie-Vorsitzenden Christian Schneider fand kürzlich eine Startbesprechung zur Durchführung eines in der Studie geforderten Pilotprojektes statt, wobei hier fünf NÖ Gemeinden einbezogen sind: Korneuburg für den städtischen Sektor, Hainfeld und Traisen für mittlere sowie Atzenbrugg und Markersdorf-Haindorf für kleinere Gemeinden. Die Leitung des Projektes, das bis Herbst abgeschlossen werden soll, hat die frühere Justizministerin Karin Gastinger. Als Nutzen von IKS für NÖ Gemeinden wird formuliert: Verhinderung bzw. Aufdeckung von Schwachstellen und Lücken, Reduzierung des Amts- und Organhaftungsrisikos, Sicherheit durch Transparenz der Abläufe, Risken und Kontrollen, bessere Qualität der Arbeitsabläufe, Stärkung des Kontrollbewusstseins der Gemeindebediensteten, Unterstützung bei Erreichung der Gemeindeziele, Möglichkeiten der Kosten- und Zeitersparnis. Schneider dazu grundsätzlich: „Mit diesem Projekt erweist die Akademie einmal mehr ihr vorausschauendes Denken und Handeln auf wissenschaftlicher Basis. Unsere Gemeinden, schon jetzt mehrfach kontrolliert, unterziehen sich damit freiwillig eine zusätzliche Kontrollinstanz, womit sich der Ruf nach weiteren Kontrollen wohl erübrigt.“

Daheim in NÖ

Daheim in NÖ – 24-Stunden-Betreuung ist eine Einrichtung, die Menschen hilft, wenn es alleine nicht mehr geht.

Landes-förderung bis zu € 550,–

24 STUNDEN BETREUUNG

Wir helfen, wenn es alleine nicht mehr geht.

Ältere oder kranke Personen werden liebevoll betreut und bekommen die für sie notwendige Hilfe im Alltag. Die Unterstützung durch qualifizierte Betreuerinnen erfolgt zu Hause, in den eigenen vier Wänden.

Wir kümmern uns um alle Behördenwege sowie die Förderansuchen beim Land Niederösterreich. Zuverlässige und leistbare Betreuung zu Ihrer Unterstützung – dafür sind wir da.

- Wie komme ich zu einer 24-Stunden-Betreuerin?
- Was kostet die Betreuung?
- Wie komme ich zur besten Förderung von bis zu € 550,– pro Monat plus Pflegegeld?

Wenn Sie Fragen zu diesem Thema haben, geben wir Ihnen gerne Auskunft!

LAbg. Anton Erber
Tel. 0676 / 416 86 48
anton.erber@inode.at
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten
www.daheiminnoe.at

www.diewerbetrommel.at

Stadt Umland Management Wien – Niederösterreich:

Mehr Effizienz bei der Umsetzung regionaler Grünraumkonzepte

Die Erhaltung und Aufwertung der Grün- und Naherholungsräume hat in den Wiener Umlandgemeinden eine hohe Priorität. Allerdings fehlen meist die finanziellen Mittel, um vor allem die regional bedeutsamen Projekte umzusetzen. Auf der anderen Seite fließt bei der Umsetzung größerer Bauvorhaben (v. a. bei UVP-pflichtigen Infrastrukturprojekten) viel Geld in die Umsetzung von ökologischen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen.

Das Landschaftskonto

Im Rahmen des **S**tadt **U**mland **M**anagements Wien Niederösterreich (SUM) wurde nun mit dem Landschaftskonto ein Instrument entwickelt, um Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen auf regionaler Ebene bestmöglich zu koordinieren, an abgestimmten Leitzielen zu orientieren und zielgerichtet an den regional optimalen Standorten umzusetzen.

Investoren und Projektwerber profitieren von einem regional und fachlich abgestimmten Angebot an geeigneten Flächen für notwendige, vorgeschriebene Ersatzmaßnahmen. Regionen und Gemeinden erhalten dadurch die Möglichkeit, ihre Grünraumprojekte leichter umzusetzen.

Mit folgenden Schritten soll das Landschaftskonto nun etabliert und arbeitsfähig werden:

In einem ersten Schritt werden unter Federführung des Stadt Umland Managements gemeinsam mit den Gemeinden im südlichen Wiener Umland jene Flächen erfasst,

– die für eine von den Gemeinden bzw. von der Region angestrebte Grünraumentwicklung wesentlich und relevant sind **und**
– für etwaige Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen verfügbar sind oder in einem Zeithorizont bis zu fünf Jahren verfügbar gemacht werden können.

Wichtig ist, dass die genannten Flächen für die Umsetzung von vorhandenen Grünraum- und Landschaftskonzepten von Bedeutung sind oder dass sie Bestandteil von „Regionalen Grünzonen“ oder „Erhaltenswerten Landschaftsteilen“ (laut gültigem Regionalen Raumordnungsprogramm Wien Umland Süd) sind.

Die Rückmeldungen bzw. die nominierten Flächen werden in einem zweiten Schritt im Rahmen des SUM in einer Datenbank zusammengefasst und von Experten der Länder fachlich beurteilt. Damit soll gewährleistet werden, dass die Flächen für behördlich vorgeschriebene Ersatzmaßnahmen geeignet sind. In weiterer Folge können sich Investoren nach geeigneten Flächen erkundigen und werden dann zur angeführten Kontaktperson der Gemeinde vermittelt.

Blick auf Wien. Mit dem Landschaftskonto soll die bei großen Bauvorhaben nötigen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen bestmöglich koordiniert werden.

Ständige Weiterentwicklung geplant

In zahlreichen Gesprächen hat es eine breite Zustimmung zu diesem Modell gegeben. Über den Erfolg entscheidet vor allem die Mitwirkung der Gebietskörperschaften und Grundeigentümer. In jedem Fall handelt es um kein endgültiges Modell, das Landschaftskonto soll aufbauend auf den Erfahrungen schrittweise verbessert werden.

Informationen

Stadt Umland Management
Wien - Niederösterreich
www.stadt-umland.at

Impressum:

Herausgeber: Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
Mit der Herausgabe beauftragt: Landesgeschäftsführer Mag. Christian Schneider
Medieninhaber: Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010 Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 77
Geschäftsführung: Mag. Michael Zimper
Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl, E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Mag. Sotiria Taucher, Prof. Franz Oswald, Dr. Walter Leiss, Mag. Christian Schneider, Dr. Raimund Heiss
Anzeigenverkauf: Thomas Hausner, Tel.: 01/532 23 88-25, E-Mail: thomas.hausner@kommunal.at
DTP: Österreichischer Kommunal-Verlag, Stefan Hecke, stefan.hecke@kommunal.at
Fotos: Bildstelle der NÖ Landesregierung, Erwin Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto Baldauf (www.bilder.services.at), Buenos Dias/photos.com
Hersteller: Leykam Druck, 7201 Neudörfl
Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt
Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare. Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.
Dieses „Fachjournal für Kommunalpolitik" erreicht alle für die Kommunalpolitik wichtigen Meinungsträger im größten österreichischen Bundesland.
Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder Medieninhabers decken.
Mit „E.E." gezeichnete Artikel sind bezahlte Informationen.

Bedarfsgerechte und flexible **Kinderbetreuung**

Kinderbetreuungspreis 2011

Der „Kinderbetreuungspreis" der heuer bereits zum sechsten Mal ausgeschrieben wird, richtet sich, dem Mehrbedarf entsprechend, an bedarfsgerechte bzw. zusätzlich angebotene Kinderbetreuungsplätze, erweiterte bzw. flexible Öffnungszeiten und Betreuungsmodelle während der Sommerferien.
Da die Anforderungen von Familie und Beruf sehr hoch sind, erleben berufstätige Mütter und Väter häufig wie schwierig es ist, Kinderbetreuung – gerade auch während der Ferien – optimal zu organisieren. Daher soll dieser Wettbewerb die Erweiterung des Angebotes an Kinderbetreuung während der Ferienzeiten österreichweit anregen. Die besten Modelle für zusätzliche bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote werden mit Preisgeldern in Gesamthöhe von 22.000 Euro prämiert.

Einreichen können österreichweit alle öffentlichen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen, wie z. B.: gemeinnützige Vereine, gemeinnützige Elterninitiativen, sonstige gemeinnützige Einrichtungen, sowie Gemeinde- oder Landeskindergärten und Unternehmen.
Eingereicht werden können bedarfsgerechte, flexible Kinderbetreuungsprojekte, die nachweislich zusätzlich zu den bestehenden Betreuungszeiten ein flexibles Kinderbetreuungsangebot während der Sommerferien 2011 anbieten.
Einsendeschluss ist der 26.4.2011

Informationen

Mag. Johanna Czech
Tel.: 01/218 50 70
johanna.czech@familieundberuf.at
www.familieundberuf.at

Neues Buch: **Das NÖ Baurecht**

Gerald Kienastberger ist Leiter der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht des Amtes der NÖ Landesregierung und Vertreter des Landes Niederösterreich in der Generalversammlung des Österreichischen Instituts für Bautechnik. Sein Buch über das niederösterreichische Baurecht beinhaltet den aktuellen Gesetzestext der NÖ Bauordnung, insbesondere der 11. Novelle und der Übergangsbestimmung der 12. Novelle aus 2010 samt Erläuterungen, und des NÖ Raumordnungsgesetzes. Außerdem sind u. a. folgende für die Praxis relevanten Nebengesetze und Durchführungsverordnungen enthalten:

– NÖ Aufzugsordnung
– NÖ Kleingartengesetz
– NÖ Bautechnikverordnung
– NÖ Gebäudeenergieeffizienzverordnung
– NÖ Bauübertragungsverordnung

Für über 80 Gemeinden rund um Wien erfolgreich unterwegs:

Die Gemeindebetreuer von Wien Energie.

Klosterneu-
burg

Traiskirchen

Mödling

Purkersdorf

Demner, Merlicek & Bergmann

Zahlreiche Gemeinden profitieren bereits von unserer sauberen Energie aus 100 % Wasserkraft. Auch Sie könnten bald zu ihnen gehören. Informieren Sie sich jetzt über unsere günstigen Tarife, das energiesparende Lichtservice und unsere umfangreichen Dienstleistungen auf www.wienenergie.at oder bei einem unserer Berater unter (01) 977 00-38171.

WIEN ENERGIE

UNSERE KRAFT FÜR SIE.

www.wienenergie.at

Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.